

Der BUNDESKANZLER eröffnet die 91 a. ao.Sitzung des Minister-
rates und begrüßt die erschienenen Mitglieder der Bundes-
regierung und die Staatssekretäre.

Außerhalb der TO

BK: Um 4 Uhr 30 erschien mein Sekretär Dr.Klestil bei mir in
Wolfpassing und machte mir Mitteilung vom Einmarsch der
Truppen des Warschauer-Paktes in die CSSR. Auf der Fahrt
nach Wien traf ich mit Herrn Generaldirektor Bacher vom
Rundfunk zusammen, der mich ersuchte, sowohl im Rundfunk
als auch im Fernsehen eine Erklärung abzugeben. Um 6 Uhr
hatte ich eine kurze Besprechung mit den schon im Bundes-
kanzleramt anwesenden Regierungsmitgliedern und höheren
Beamten. Ich sprach auch mit dem Herrn Bundespräsidenten
und einzelnen Abgeordneten zum Nationalrat der Sozialisti-
schen Fraktion. Es wurde unter Mitwirkung des BM.f.Ausw.
Angelegenheiten sodann der Text meiner Rundfunkansprache,
die ich um 7 Uhr nach Ausstrahlung der Nachrichten hielt,
ausgearbeitet. Diese Erklärung (siehe Beilage 1) hat einige
Punkte als Grundlage:

1. Die Neutralität zwingt uns nur im Angriffsfall zur
Verteidigung.
2. Wegen möglicher Grenzverletzungen wird der Einsatz des
Bundesheeres notwendig sein.
3. Bundesheer wird in Grenznähe verlegt.
4. Diese Maßnahmen erfolgen durch den Bundesminister für
Landesverteidigung.
5. Die Einberufung des Landesverteidigungsrates ist ins
Auge zu fassen.
6. Der Oppositionspartei ist über die von der Bundesregierung
getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen laufend zu
unterrichten.

Um 11 Uhr erschien eine Delegation der Sozialistischen Partei
Österreichs und zwar die Herren Probst, Czettel, Tschadek
und Marek. Sie ersuchten mich, ich möge den Landesverteidi-
gungsrat einberufen. Sie erwähnten, daß ein entstehendes
Flüchtlingsproblem insbesondere ein Versorgungsproblem sein
wird. Bürgermeister Marek versicherte mir, daß die Stadt
Wien Schulen zur Verfügung stellen werde. Zu diesem Behufe
ersuchte er um einen Kontaktmann zum Bundesministerium für
Inneres. Weiters vertraten die Vertreter der SPÖ die Ansicht,
daß die Asylgewährung großzügig zu handhaben sei und ein
abgekürztes Verfahren in diesem Falle das Beste wäre. Ab-
schließend übergaben mir die Genannten die von der SPÖ
herausgegebene Erklärung (siehe Beilage 2). Um 12 Uhr 30
erschien der Botschafter der UdSSR Podzerob bei mir und
übergab mir die Erklärung der sowjetischen Regierung zu den
Vorfällen vom 21.August 1968 (Siehe Beilage 3).

In einer kurzen Aussprache mit ihm habe ich dargelegt, daß Österreich gerade in diesen Tagen seine Neutralitätspolitik konsequent fortsetzen wird; seine Politik bestimmt Österreich. Weiters erklärte ich, daß die Sowjets das Leid von der Zivilbevölkerung in der CSSR möglichst abhalten mögen und daß durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer-Paktes in die CSSR der Aufenthalt oder die Heimreise österreichischer Staatsbürger nicht behindert werden möge. Ich legte ihm auch dar, daß Österreich seine Lufthoheit nicht verletzen lassen wird, wie dies heute vormittag schon zweimal durch Flugzeuge des Warschauer-Paktes erfolgt ist. Er versprach mir gegenüber, daß eine weitere Verletzung österreichischen Luftraumes nicht mehr erfolgen werde. Bisherige Grenzverletzungen seien aus technischen Gründen erfolgt. Jede Verletzung der österreichischen Souveränität werde vermieden werden.

BM.Dr.WALDHEIM: Ich bin der Überzeugung, daß die Sowjetunion dieses Vorgehen schon vor geraumer Zeit beschlossen hat. Ein solches Vorgehen läßt auf einen Machtkampf innerhalb der sowjetischen Führungsspitze schließen. Das, was wir in der CSSR erleben, ist der Ausdruck dieser Auseinandersetzung. Meiner Meinung nach ist es nicht Absicht der Sowjetunion, die österreichische Souveränität zu verletzen. Ich würde glauben, daß man die Erklärung beibehalten sollte, die der Herr Bundeskanzler im Anschluß an die Nachrichten im Österr. Rundfunk abgegeben hat. Es wäre gefährlich für uns als kleines Land, wenn wir einen provokatorischen Ton in unsere Erklärung aufnehmen. Ich selbst habe die Absicht, Presseleute auf diese Erklärung zu verweisen. Ich ersuche meine Kollegen, sollten sie von der Presse gefragt werden, dasselbe zu tun. Die Sowjetunion wird eine andere Erklärung aus dem Munde eines Regierungsmitgliedes ganz anders verstehen, als aus dem Munde eines Radiosprechers. Militärisch gesehen, ist es meiner Meinung nach am besten, nicht zu auffällig zu arbeiten; keine größeren Truppenbewegungen in Grenznähe, denn das würde von Moskau als zu drastisch angesehen werden. Wir müssen immer bedenken, daß optisch gesehen kein falsches Bild entstehen möge. Der Botschafter der USA hat bei mir vorgespochen und ersucht, tschechoslowakischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Ich glaube, wir sollten hier unsere Linie beibehalten.

BM.Dr.PRADER: Ich habe schon vor einiger Zeit für einen solchen Fall Vorsorge getroffen. Über meinen Auftrag wurde das Bundesheer in Alarmbereitschaft versetzt, und zwar die 1., 3., 4. und 9.Panzergrenadierbrigade. Weiters habe ich Auftrag gegeben, einen vorgeschobenen Posten einzunehmen. Wie mir der Herr Bundeskanzler mitgeteilt hat, fanden diese Maßnahmen die Zustimmung des Herrn Bundespräsidenten. Nach Rücksprache mit dem Bundesminister für Inneres werden Gendarmerie, Zollwache und Bundesheer in den betroffenen Grenzgebieten koordiniert vorgehen. Und nun zur rechtlichen Situation. Für Maßnahmen zur Vorbereitung bin ich zuständig, für alle anderen die Vorbereitung übertreffenden Maßnahmen ist die Bundesregierung zuständig. Nur bei Gefahr im Verzuge und unter Voraussetzung sofortige Rücksprache ist mir auch diese Kompetenz übertragen.

Ich ersuche daher die Bundesregierung, sie möge den Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenzen beschließen. Ein solcher Beschluß entspricht den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes.

Die Alarmierung des Bundesheeres konnte innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden. Nach Meinung hoher Militärs ist das ganze Unternehmen in der CSSR innerhalb von 3 Tagen abgeschlossen. Ich meinerseits habe die militärischerseits zu treffenden Maßnahmen einer besonderen Gruppe in meinem Ministerium übertragen.

Mir wurden mehrere Verletzungen der Luftraumhoheit Österreichs bekannt. Ich ersuche um Einbringung einer Protestnote. Die Österr. Bundesregierung möge nicht so tun, als ob nichts geschehen wäre. Zur Zeit haben sowjetische Truppen Nikolsburg und Brünn besetzt.

Ich wurde vom Fernsehen um ein Interview gebeten, welches ich unter Hinweis auf die mir nicht zur Verfügung stehende Zeit verweigert habe. Das Fernsehen ersuchte auch um die Erlaubnis, einen Bildbericht von den aufmarschierenden Truppen herstellen zu dürfen. Es ist meiner Meinung nach das Beste, dies zu erlauben, denn hiedurch kann seitens der Regierung gezielt vorgegangen werden. Von der Presse wurde ich gebeten, einige Erklärungen abzugeben. Ich werde hier kontaktiert vorgehen.

BM.SORONICS: Schon vor längerer Zeit wurde zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung und meinem Ressort ein Kontaktkomitee gegründet, für den Fall, daß in der CSSR Unruhen entstünden. Einen entsprechenden Befehl habe ich heute um 3 Uhr morgens gegeben. Die Maßnahmen sind seit 3 Uhr 40 in Kraft. Bis knapp vor Beginn der Sitzung wurden auf dem Sektor Flüchtlinge 15 Personen gemeldet.

Im Einvernehmen und in Gemeinschaft mit dem Bundesheer wurde die österreichische Grenze durch 10.000 Rot-Weiß-Rote Fähnchen ausgesteckt und kenntlich gemacht. Die in grenznahen Gebieten gelegenen Schulgebäude wurden festgestellt. Bei einem größeren Flüchtlingsstrom soll dieser Richtung Wien weitergeführt werden. Wie ich aus einem Telefonat mit dem Landeshauptmann von Oberösterreich erfahren konnte, ist die Besetzung der CSSR abgeschlossen. Ich habe noch eine Frage zu klären. Soll ich den verstärkten Einsatz der Gendarmerie im grenznahen Gebiet beibehalten oder nicht? Meiner Meinung nach wäre eine Beibehaltung des derzeitigen verstärkten Einsatzes wünschenswert. Zur Frage des Asylrechtes habe ich Anweisung gegeben, daß dieses soweit wie nur möglich gewährt und so rasch wie nur möglich das Verfahren durchgeführt wird. Das Österr. Fernsehen hat um einen Bildbericht über die Unterbringung der Gendarmerie ersucht. Ich habe geantwortet, daß ein solcher keinesfalls vor Ende der Sitzung erfolgen kann. Über Anregung des Herrn Bundeskanzlers erfährt das Generalkonsulat und das Russendenkmal am Schwarzenbergplatz verschärfte Überwachung.

VK: Als normaler Staatsbürger war ich sehr befriedigt, daß der Herr Bundeskanzler bereits nach den Nachrichten um 7 Uhr im Rundfunk eine Erklärung abgegeben hat.

Meiner Meinung nach müßte auf jeden Fall ein Passus über das Asylrecht ins Kommuniqué des Ministerrates. Weiters sollte meiner Meinung nach auch eine Bemerkung über den Inhalt der Neutralität aufscheinen. Es müßte ausdrücklich darin verwiesen werden, daß dies eine Erklärung der Regierung und nicht der Regierungspartei ist.

Wenn der russische Botschafter die Ausreise österreichischer Staatsbürger aus der CSSR garantiert, so bin ich dennoch nicht mit einer solchen Formulierung einverstanden. Es ist dies Sache der CSSR und nicht der UdSSR. Auch glaube ich, daß wir zu verschiedenen Hinweisen über das militärische Vorgehen der Bundesregierung durch unsere Neutralität gezwungen sind. Ich teile die Ansicht, daß wir wegen Verletzungen des Luftraumes durch Flugzeuge des Warschauer-Paktes sofort protestieren sollen.

BM.Dr.KOTZINA: Ich habe gesehen, daß viele Tschechen, die in Österreich auf Urlaub waren und heimkehren wollten, vor der Grenze umgedreht haben und in Österreich bleiben. Es ist zu klären, welchen Status diese Personen einnehmen. Zur Frage, ob jeder Einzelne von uns eine Presseerklärung abgeben sollte oder nicht, bin ich der Ansicht, daß nur der Herr Bundeskanzler eine entsprechende Erklärung abgeben sollte. Abschließend frage ich Dich, Herr Bundeskanzler, ob Präsenzpflicht für die nicht anwesenden Bundesminister besteht.

BM.Kmzler.MITTERER: Ich bitte um keine allzu drastischen Maßnahmen, insbesondere auf dem Geldmarktsektor.

BM.Dr.WALDHEIM: Ich glaube, daß der Beginn der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers sehr gut war. Ansonsten hätten wir allzu scharfe Worte gebrauchen müssen. Ich will damit nur sagen, daß ich keinen besseren Anfang als diesen gewußt habe. Ich will nicht leugnen, daß sie eine mäßige Erklärung war, aber so ist es besser. Man soll nicht Öl in das Feuer gießen.

BK: Zur Frage des Protestes bin ich der Meinung, daß wir nicht voreilig sein sollen, also nur nach Identifizierung der Nationalität protestieren sollen. Ein Bildbericht des aufmarschierenden Bundesheeres wäre von uns freizugeben, wie schon bemerkt, gezielt vorgegangen werden kann. Auf jeden Fall kann ein solcher nur unter Führung eines Offiziers erfolgen. Fernsehinterviews ersuche ich mit Sprachregelung abzugeben. Ich bitte um Vorschläge, wie man in Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch vorgehen soll. Vor der tschechischen Grenze wurden ca. 2000 Stück Schweine, die für Österreich bestimmt waren, aufgehalten. Durch dieses Stoppen des Fleischtransportes dürfen aber keine Versorgungsschwierigkeiten entstehen.

BM.SORONICS: Für diese Frage bin ich und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zuständig. Soeben erhalte ich Mitteilung, daß vor der russischen Botschaft Molotow-Cocktails geworfen wurden. Der Täter wurde sofort verhaftet. Ein zweiter Versuch mißlang.

BK: Ich möchte noch kurz mitteilen, daß der Gewerkschaftsbund seinen Mitgliedern empfohlen hat, keine Demonstrationen abzuhalten.

BK verliest die Texte seiner beabsichtigten Erklärung im Fernsehen und des amtlichen Kommuniqués, die zur Kenntnis genommen werden (Beilagen 4 und 5).

Sekt.Chef Dr.OTT: Zur Frage der Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Fleisch und im Hinblick auf das Zurückhalten von 2000 Stück Schweinen in der CSSR darf ich bemerken, daß wir statt dessen zum nächsten Markt 720 Stück aus Ungarn und 850 Stück aus Polen, den Rest aus Dänemark erhalten. Österreich selbst hat 21.000 Stück Schweine und genug Rindfleisch gelagert, sodaß keinerlei Anlaß zur Besorgnis besteht.

BK: Ich ersuche, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nach Wien kommt.

BM.SORONICS: Ich muß noch feststellen, daß alle von mir getroffenen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler getroffen wurden.

Der BUNDESKANZLER schließt die Sitzung um 15 Uhr 35.